

Aus dem Gemeinderat am 19. November

Auftrag zur Gründung einer städtischen Entwicklungs- und Wohnbaugesellschaft (SEW)

Nachtragshaushalt verabschiedet / Vergnügungssteuer wird erhöht

Schwetzingen strebt im Rahmen der Entwicklung der Konversionsflächen die Gründung einer eigenen Entwicklungs- und Wohnbaugesellschaft an. Die Stadt verspricht sich davon, schneller und besser auf die anstehenden Herausforderungen reagieren zu können.

Mit dem Abzug der US-Truppen wurden die rund 41 Hektar großen Konversionsflächen an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) zurückgegeben. Die Stadt Schwetzingen plant, diese Flächen zu einem angemessenen Preis von der BImA zu erwerben, um dort einen neuen Stadtteil für Wohnen, Arbeiten und Freizeitnutzung zu entwickeln. Vor allem die Entwicklung neuer Wohnflächen ist nach der vom Gemeinderat verabschiedeten Wohnbedarfsanalyse dringend erforderlich. Es fehlt zudem ein Angebot an bezahlbarem Wohnraum. Ebenso muss die Stadt Möglichkeiten für die Anschlussunterbringung von Asylbewerbern schaffen.

Zudem können auch weitere wichtige städtebauliche Projekte im Rahmen dieser Gesellschaft entwickelt und betreut werden. Mit der Ausarbeitung eines Gesellschaftsvertrags wird eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beauftragt. Der Gemeinderat wird bei der Vorbereitung und Gründung der Gesellschaft eng mit einbezogen sein.

Einstieg in den Klimaschutz

Beschlossen wurde weiter auch der Abschlussbericht „Coachingphase Kommunalen Klimaschutz“. Die insgesamt 37 formulieren Ziele und Maßnahmen bilden einen Prioritätenkatalog für die nächsten Jahre. Jede einzelne Maßnahme ist noch aufzubereiten und separat vom Gemeinderat zu beschließen. In dieser Phase ging es zunächst darum, die örtlichen Verhältnisse, die mögliche Beteiligten, Netzwerkstrukturen und auch mögliche Schwerpunkte eines Klimaschutzkonzeptes zu untersuchen und erste Ziele zu definieren. Eingebunden war hier sowohl die Verwaltung, aber auch der Gemeinderat, die das Ergebnis in vier Workshops erarbeiteten. In

dieser intern ausgerichteten Phase ist noch keine Bürgerbeteiligung vorgesehen. Offizieller Projektzeitraum ist 01.11.2014 bis 31.10.2015. Die insgesamt 37 formulierten Ziele und Maßnahmen bilden einen Prioritätenkatalog für die nächsten Jahre. Jede einzelne Maßnahme ist noch aufzubereiten und separat vom Gemeinderat zu beschließen. Begleitet wurde das Projekt von der Klimaschutz- und Energieberatungsagentur (KliBA gGmbH) aus Heidelberg.

Insgesamt wurde deutlich, dass Schwetzingen bei den Klimaschutzaktivitäten in einigen, von den acht untersuchten Teilbereichen (Energiemanagement, Institutionalisierung, Klimaschutz global, Beschaffung, Energieerzeugung und Energieversorgung, Siedlungsentwicklung und Verkehr) in der Vergangenheit schon Profil gezeigt hat, z.B. bei der Energieerzeugung/Energieversorgung oder dem Verkehr. In anderen Bereichen besteht dagegen noch Aufholbedarf. Dies betrifft z.B. ein kontinuierliches Energiemanagement, die Institutionalisierung von Prozessen und das Beschaffungswesen.

Im nächsten Jahr geht es übrigens weiter: der Förderbescheid für das beantragte, integrierte Klimaschutzkonzept ging im September ein. Hier findet dann auch die Einbindung der Bürgerschaft und der Unternehmen statt. Voraussichtlicher Projektbeginn ist der April 2016. Vor Auftragserteilung an ein projektbegleitendes Fachbüro wird die Leistung zunächst öffentlich ausgeschrieben.

Stadt erhöht Vergnügungssteuer auf 20 Prozent

Der Steuersatz für die Vergnügungssteuer erhöht sich ab 1.1.2016 von 15 auf 20 Prozent. Schwetzingen bewegt sich hier im normalen Rahmen vergleichbarer Städte. Es wird mit Mehreinnahmen von 100.000 Euro gerechnet.

Kiosk und Außengelände „alla hopp“: Abschlussbericht liegt vor

Die „alla hopp“ Begegnungs- und Bewegungsanlage wird seit ihrer Eröffnung am 8. Mai 2015 außergewöhnlich gut von den Schwetzingener Bürger/innen angenommen und ist auch ein Anziehungspunkt für Besucher/innen aus den umliegenden Gemeinden. Zusätzlich hatte die Stadt in eigener Regie auch den Bau des Kiosks, des neuen DJK-Vereinshauses, der Toilettenanlagen sowie Teilen der Außenanlage beauftragt. Im Interesse der öffentlichen Transparenz hat OB Pörtl jetzt öffentlich einen Bericht über die Gesamtkosten vorgelegt. Der jetzt vorliegende Abschlussbericht listet Gesamtkosten in Höhe von 650 TEUR auf, was einer Kostenüberschreitung

von rund 82 TEUR gegenüber dem ursprünglich veranschlagten Gesamtbudget entspricht. Die Mehrkosten resultieren vor allem aus dem sehr ambitionierten Zeitplan von nicht mal einem Jahr bis zum Eröffnungstermin, Problemen beim Abriss des Altgebäudes und den notwendig gewordenen, mehrmaligen Umplanungen. Für die zusätzlich entstandenen Kosten stehen über den Nachtragshaushalt Ersatzdeckungsmittel zur Verfügung. Aus Sicht aller Fraktionen stellt das „alla hopp“-Gelände eindeutig einen großen Erfolg dar. Zum Teil sehr deutlich wurden allerdings die Kostensteigerungen bei Bau- und Unterhalt kritisiert, ebenso, dass die Information über die Erhöhung der Kosten zu spät erfolgte und nicht rechtzeitig nachgesteuert wurde.

Nachtragssatzung verabschiedet

Die beschlossene Nachtragssatzung brachte relativ geringfügige Änderungen gegenüber der Haushaltssatzung zum Vorschein. Die Zuführung zum Vermögenshaushalt erhöht sich um 564 TEUR auf 1.233 TEUR. Erfreulicherweise kann auf die geplante Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage teilweise verzichtet werden. Statt 3.490 TEUR sind der Allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Vermögenshaushalts aber immer noch 2.458 TEUR zu entnehmen.

Neue Schulden sind durch die Aufnahme eines sehr zinsgünstigen Darlehens bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) über 3,7 Mio. EUR geplant. Sie steht im Zusammenhang mit der laufenden großen Fassadensanierung am Hebelgymnasium. Abzüglich der 0,6 Mio. EUR planmäßigen Tilgungen errechnet sich ein voraussichtlicher Schuldenstand von 8,2 Mio. EUR zum Jahresende 2015. Die Allgemeine Rücklage beträgt zum Jahresende 2015 5,2 Mio. EUR.

Allgemeine Finanzprüfung ergab wenig Beanstandungen

Die allgemeine Finanzprüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt bescheinigt der Stadt Schwetzingen, dass die Verwaltung gesetzes- und ordnungsgemäß gearbeitet hat. Oberbürgermeister René Pörtl lobte daher die insgesamt gute Arbeit der Verwaltung, die jetzt zu den einzelnen, kleineren Feststellungen Stellung nehmen wird.

Bebauungsplanänderung „Westliche Scheffelstraße“ beschlossen

Der Rat hat die Änderung des Bebauungsplans „Westliche Scheffelstraße“ in der 2. Fassung als Satzung beschlossen. Die Änderung war erforderlich, um die Nutzungsänderung des Hotels „Atlanta“ zum Zwecke der vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen rechtssicher zu gestalten.

Abwasserkanäle Hirschacker: Überplanmäßige Ausgabe

Für eine Maßnahme zur Sanierung der Abwasserkanäle im Hirschacker genehmigte der Gemeinderat eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 28.297,72 EUR.

Soweit nicht anders beschrieben, erfolgten die Beschlüsse einstimmig.

Alle Vorlagen und Beschlüsse sind auch im Internet unter <http://ratsinfo.schwetzingen.de> nachlesbar.